



**AFA
ESSEN
WEST**

ESSEN 2021

Inhalt

1. Mai **3**

Coronaproteste **5**

Steeler Jungs **7**

Versammlungsgesetz **9**

Antisemitismus **13**

Fussball **13**

Antifa-Protest **16**

Grußwort

2021 ging Corona in die zweite Runde und so stand auch dieses Jahr wieder antifaschistische Arbeit in Essen ganz im Zeichen der Pandemie. Lange Lock-down-Monate verhinderten viele Formen der persönlichen Zusammenkunft und auf Aktivitäten wie Kneipenabende oder Vorträge in Präsenz musste verzichtet werden. Entsprechend ist die Liste der Vorkommnisse in beinahe allen Bereichen und damit auch unser Report 2021 deutlich kürzer ausgefallen, als es vor Corona der Fall war. Wir haben uns bemüht, trotzdem so gut wie möglich zusammenfassen, was uns 2021 so beschäftigt hat und einen Einblick in unsere Themenfelder und Arbeit zu geben.

Es bleibt die Hoffnung, dass 2022 anders aussehen wird, wir uns wieder persönlich sehen und die Möglichkeiten des antifaschistischen Protests und Aktivitäten wieder breiter gefächert sein werden. Fest steht, dass unsere Arbeit 2022 weiter gehen wird und wir motiviert und kämpferisch ins neue Jahr starten.





1. Mai

Am 1. Mai 2021 ging in Essen einiges. NPD und die Dortmunder Fraktion der Partei „Die Rechte“ riefen zur Demonstration durch den migrantisch geprägten Essener Stadtteil Frohnhausen auf.¹ Bei den Nazis war an dem Tag viel los. Zuvor hatten sie, in gleicher Konstellation, eine Kundgebung in Dortmund abgehalten. Auch ein Großteil der aus Westdeutschland kommenden Faschos waren Dortmunder. Nach dem Stopp in Essen wollte die etwa 100 Personen zählende Reisegruppe eigentlich noch nach Düsseldorf, ein großer Teil der Gruppe strich das letzte Ziel jedoch nach Verzögerungen der Demo in Essen und fuhr zurück nach Dortmund.

Die personelle Zusammensetzung der Nazis unterstrich die durch Antifas beobachtete Intensivierung der Zusammenarbeit von Dortmunder und ostdeutschen Nazis. In diesem und letztem Jahr war eine Abwanderung mehrerer führender Kader aus Dortmund Dorstfeld nach Ostdeutschland zu verzeichnen gewesen. Dort waren sie immer wieder im Dunstkreis Thorsten Heises aufgetreten. Eben jener reiste im Mai auch nach Essen an. Thorsten Heise sitzt im Bundesvorstand der NPD, zog 1999 nach Fretterode und ist Herausgeber der Zeitschrift „Volk in Bewegung“. Aktuell steht die Hälfte der Familie Heise wegen eines Angriffs seiner Söhne Gianluca Bruno und Nordulf Heise auf Journalisten am Haus der Heises 2018 vor Gericht.²

Die Auftaktkundgebung der Nazis fand vor dem Berufskolleg West statt. Sie reisten geschlossen mit der S1 aus Dortmund am Essen Westbahnhof an. Nach zwei Redebeiträgen am Westbahnhof stellte sich die Demo auf, allerdings mussten sich die Nazis mit einer verkürzten Route zufriedengeben. Diese führte zunächst die Dahnstraße hoch bis zur Ecke Frohnhauser Straße, bog dort nach links ab, schlängelte sich am Riehlpark lang bis zur Martin-Luther-Straße, welche dann zurück runter zum West-

bahnhof verlief. Bei einer Zwischenkundgebung auf Höhe des Riehlparks hielt Thorsten Heise eine Rede, in welcher er, mit Blick auf brennende Naziimmobilien in Thüringen³, vor Gewalt gegen Nazis warnte.

Dass die Nazis die ganze Route laufen konnten, hing sicherlich mit dem exorbitanten Bullenaufgebot zusammen. Bereits morgens bezogen Reiterstaffeln auf dem Gelände der Alfred-Krupp-Schule Stellung, welche später vor allem im Bereich des Riehlparks die Formierung von Blockaden verhindern sollten. Zudem wurden ein Heli, zwei Wasserwerfer und Polizeihunde hinzugezogen.

Die Mobilisierung für den antifaschistischen Gegenprotest am 01. Mai musste sehr schnell und kurzfristig geschehen, vermutlich sorgte aber auch gerade der Ort der Nazidemo in Frohnhausen für eine sehr erfolgreiche Mobilisierung. Am Vorabend war bereits die Route der Nazis mit antifaschistischen Grüßen verschönert worden. Das Bündnis „Essen stellt sich quer“ meldete die größte Gegenkundgebung an, ebenfalls direkt am Westbahnhof, gegenüber zur Nazikundgebung auf dem Parkplatz der Eissporthalle und rief zu buntem Protest auf. An diesem nahmen zwischenzeitlich knapp 1000 Personen teil. Zu Beginn der Nazidemo wurde die Gegenkundgebung dann kurzzeitig von den Bullen eingekesselt, sodass eine Teilnahme an anderen angemeldeten Veranstaltungen verunmöglicht wurde. Zusätzlich meldete der „VVN/BdA Essen“ eine Kundgebung auf dem Frohnhauser Markt und „Aufstehen gegen Rassismus Essen“ eine Kundgebung an der Kreuzung Martin-Luther-Straße/ Frohnhauser Straße an. Trotz der friedlichen Aufmachung der AgR-Kundgebung wurde ihnen ein Wasserwerfer direkt vor die Nase gestellt.

Neben den Kundgebungen fand am Vormittag des 01. die antifaschistische Demonstration „Antifascist Action“ statt. Diese startete vor dem Edeka an der Holsterhauser Straße, wurde zunächst die Martin-Luther-Straße heruntergeführt und musste dann links in Richtung Berliner Straße

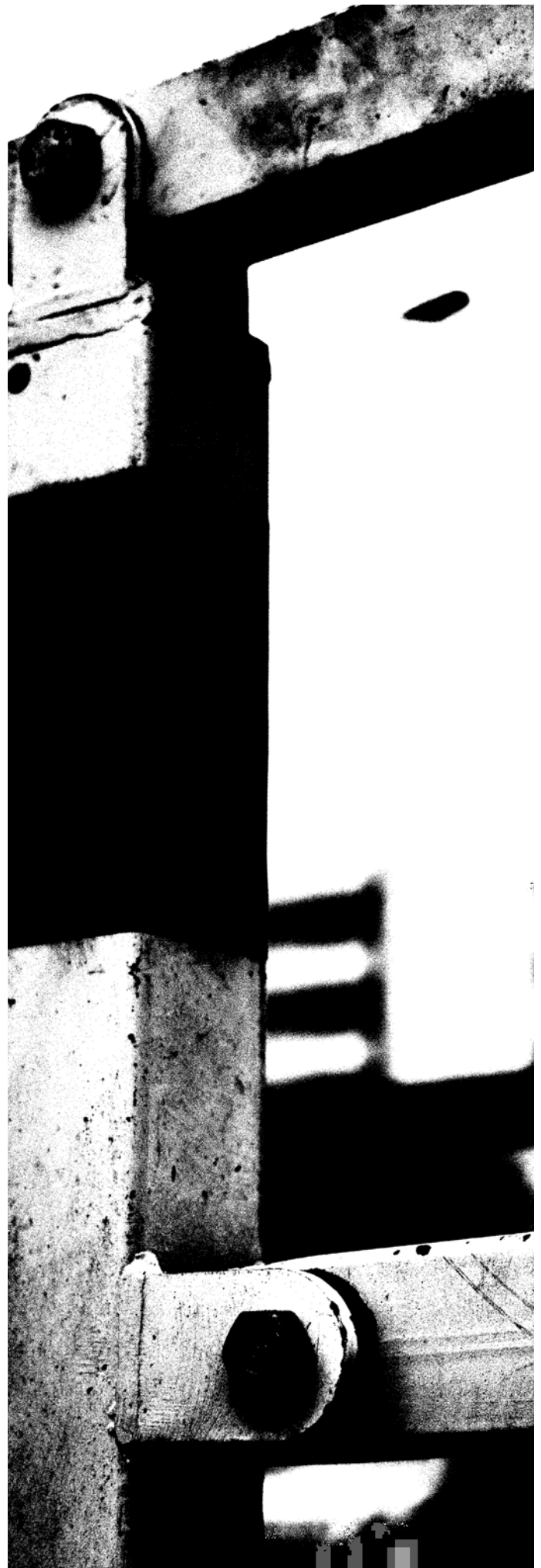
abbiegen, um der Naziroute nicht zu nahe zu kommen. Gegen Ende der Demo wurde Pyrotechnik gezündet und die Demo dann anschließend für einige Zeit gekesselt. Über den Tag verteilt werden am Gegenprotest wahrscheinlich zwischen 1500 und 2000 Personen teilgenommen haben. Versuche, die Route der Nazis zu blockieren, scheiterten größtenteils an dem schon beschriebenen Bullenaufgebot. Nur kurzzeitig konnte sich eine Blockade auf Höhe des Riehlparks halten, aber auch diese wurde nach wenigen Minuten von der Straße geknüpelt.

Während der Naziveranstaltungen in Frohnhausen gab es keine Übergriffe auf Antifaschist*innen. Am frühen Abend wurden jedoch, nachdem die Nazis schon länger abgefahren waren, zwei Antifaschist*innen in Frohnhausen angegriffen. Einer der Angreifer, Dirk B., ist eine zentrale Figur der „Steeler Jungs“, beide hatten zuvor sehr wahrscheinlich nicht am Naziaufmarsch teilgenommen. Eine Streife bekam den Angriff mit, ergriff jedoch Partei für die Nazis, welche kurze Zeit später mit einem Auto abgeholt wurden und Frohnhausen verlassen konnten.

1 <https://www.derwesten.de/staedte/essen/essen-polizei-1-mai-wochenende-kundgebung-demo-tag-der-arbeit-termin-ausschreitung-unruhe-antifascist-action-id232179129.html>

2 https://tatort-fretterode.org/?page_id=249

3 <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/brandanschlaege-rechtsextrem-linksextrem-szene-prozess-dresden-100.html>



Coronaproteste

Wie auch im Jahr 2020 versuchte der Zusammenschluss aus Coronaleugner*innen, Impfgegner*innen, Rechten und Rechtsextremen sich in Essen über Corona betreffende Inhalte zu organisieren. Zu den vier Kundgebungen am Flughafen Essen/Mülheim, damals noch organisiert durch den Esoterikclub „Nicht Ohne Uns – Essen“, waren 2020 noch im Schnitt 300 Personen gekommen, zu der Zeit vor allem aus anderen Teilen NRW's. Dieses Jahr reichte es lediglich noch für zwei Autokorsos, wobei diese jeweils auf deutlich unter 100 Teilnehmer*innen kamen. Ideologisch standen diese ihren Vorgänger*innen jedoch kaum nach, ganz im Gegenteil: Die Nähe der „Bewegung“ zur extremen Rechten wurde dieses Jahr ganz besonders deutlich. Bei beiden Veranstaltungen tummelten sich Nazis der Düsseldorfer Gruppierung „Bruderschaft Deutschland“. Und so wurden auch diese Veranstaltungen ein Hort für offenen Antisemitismus, Rassismus, verkürzte Kapitalismuskritik und Verschwörungsmythen, was wir der „Bewegung“ ja bereits 2020 attestieren konnten.

Der erste Autokorso fand am 06.02. statt.¹ Die Route führte von Haarzopf nach Altenessen. Gezählt wurden dabei 33 Autos. Nachdem die Veranstaltung durch den ursprünglichen Anmelder wieder abgesagt wurde, fühlte sich die Essener Kommunalpolitikerin Eileen Kroetsch dazu berufen, diese erneut anzumelden. Eileen Kroetsch hat bereits ihre ganz eigenen Verbindungen in die Essener Rechte und war für das „Sozial Liberale Bündnis“ als Direktkandidatin angetreten. Der Korso verlief ohne größere Zwischenfälle, interessant war dennoch die personelle Zusammensetzung: Neben Kroetsch reiste nämlich auch Stefanie von Laak an. Diese trat bereits öfter bei Veranstaltungen der rechtsextremen „NRW stellt sich quer“-Gruppierung in Erscheinung und scheint dort auch in einer führenden Position zu sein. Außerdem trat sie bereits letztes Jahr in Emmerich für die AfD an. Wie bereits angesprochen ließen sich aber auch Mitglieder der Bruderschaft Deutschland blicken. Die Düsseldorfer Reisegruppe fuhr mit dem auf dem Foto abgebildeten blauen Mazda vor. Der Fahrer ist Richard Lange, die beiden Mitfahrer sind Denis Busch und Sascha Wefel.

Der zweite Autokorso am 27.02. lief organisatorisch sehr ähnlich ab, auch die Teilnehmer*innenzahl blieb, gegenüber des Korsos drei Woche zuvor, unverändert. Ebenfalls war Eileen Kroetsch wieder die Anmelderin. Diesmal jedoch rief „Essen stellt sich quer“ zum antifaschistischen Gegenprotest auf.² Dieser wurde bis ins lächerliche von staatlicher Repression überzogen,³ dazu mehr Infos im Kapitel „Antifaschistische Proteste“.

Ansonsten bestand der Coronaprotest dieses Jahr noch aus Nacht-und-Nebel-Aktionen verwirrter Einzeltäter*innen, besonders häufig in Form von an Brücken angebrachten Bannern, welche in der Regel innerhalb weniger Stunden entfernt werden konnten. Auch noch erwähnenswert ist die Frohnhauser Delegation des Corona-Ausschusses. Der Corona-Ausschuss tagte dieses Jahr regelmäßig in

 **Steff Charlotte** ...

Gemeinsam gegen den Lockdown ; es geht um mehr , es geht um unser aller Leben ! Wollt Ihr so leben und zu sehen wie unsere Existenzen, die Zukunft unserer Kinder und unsere friedliche , soziale und gemeinsame Gesellschaft gegen die Wand gefahren wird ??? Schließt Euch uns morgen an , Leben schützen ist wichtig , aber man sollte das Leben dabei nicht verlernen !!

 **Steff Charlotte** Freie Bürger / Freies Wort



Wir werden laut
Essen
In der Gruppe „Altenessen“ geteilt

☆ Interessiert



Berlin, das Format bestand aber hauptsächlich aus dem zugehörigen Stream. Dieser setzte sich dann aus Falschinformationen, Fehlprognosen, NS-Relativierungen und Spendenaufrufen zusammen. Ende November wurde dort beispielsweise die Theorie erarbeitet, dass Israels Regierung aktuell einen Holocaust an der eigenen Bevölkerung durchführe.⁴ Das fand eine Gruppe Frohnhauser Esoteriker*innen so ansprechend, dass sie als Ortsgruppe der Kleinstpartei „Die Basis“ begannen, jeden Sonntag auf dem Frohnhauser Markt zusammen zu kommen und unter anderem für den Corona-Ausschuss zu werben. Spätestens ab November hatte die Gruseltruppe – sicherlich auch wetterbedingt – allerdings starke personelle Einbußen zu verzeichnen. Die Anzahl der organisierten Coronaproteste in Essen war also dieses Jahr noch überschaubarer als 2020. Nichtsdestotrotz radikalisiert sich die Szene auf Facebook und in Telegram-Ortschats weiter. Gerade vor dem Hintergrund, dass im September der Student Alexander W. in Idar-Oberstein laut Ermittlungen von einem in Querdenker-Kreisen radikalisierten Mann erschossen wurde, nachdem dieser ihn auf die Maskenpflicht in einer Tankstelle aufmerksam machte, darf das Gewaltpotenzial auch der Essener Coronaszene nicht unterschätzt werden.



1 <https://www.radioessen.de/artikel/in-essen-autokorso-demo-gegen-corona-massnahmen-856795.html>

2 <https://essq.de/index.php/2021/02/23/demonstrieren-nur-ohne-nazis/>

3 <https://essq.de/index.php/2021/02/27/solidaritaet-mit-fahrraddemo/>

4 <https://www.tagesspiegel.de/themen/reportage/luegen-und-hetze-im-berliner-corona-ausschuss-im-impfstoff-sind-so-etwas-wie-lebendige-kraken/27670234.html>



Steeler Jungs

Auch drei Jahre nach ihrem Erscheinen muss weiterhin über die „Steeler Jungs“ berichtet werden, die, nach einer unauffälligeren ersten Jahreshälfte, seit Juni zunächst vereinzelt, inzwischen erneut regelmäßig, durch den Stadtteil Steele marschieren. Dies geschieht weiterhin ausgehend von einer regelmäßig gemeinsam auftretenden Kerngruppe und in der bekannten Kleidung. Mit der Gruppierung assoziierte Personen sind auch in diesem Jahr auf Veranstaltungen aus dem Coronaleugner-Milieu und im Zusammenhang mit dem Verbot der Rockergruppierung Bandidos und dem Fußballverein Rot-Weiß Essen negativ aufgefallen.

Durch das Jahr mit den SJ

Am Abend des 1. Mai sind von Dirk B. und einer weiteren Person in Essen-Frohnhausen, der Stadtteil in dem an diesem Tag eine Demonstration von NPD und die Rechte und umfangreiche Gegenproteste stattgefunden haben, zwei Jugendliche angegriffen worden.

Im Juni schaffte es die Gruppierung durch ihre Verstrickungen mit den Essener Bandidos-Rockern und insbesondere durch Christian Bifi Willing, den Bandidos und Steeler Jungs Anführer in Personalunion, erneut in die überregionale Presse. Im Zusammenhang mit dem Verbot der „Bandidos MC Federation West Central“ durch den Innenminister sind auch in Essen zwei Immobilien durchsucht worden von denen eine die durch Stephanie Willing betriebene Bar „300“ in Steele gewesen ist.¹ Diese ist als „Steeler Jungs“ Treffpunkt bekannt.

Einen Monat später im Juli ist es zu einem, von der Essener Polizei nicht als Versammlung gewerteten, Auftritt von 30 „Steeler Jungs“ gekommen in dessen Verlauf sie eine Vierergruppe von als politischer Gegner erkannten Personen umzingelt und verbal angegangen haben.² Die Aufmärsche finden seitdem wieder statt.

Mitglieder der „Steeler Jungs“ sind neben anderen Männergruppen auch in einem im August veröffentlichten

gemeinsamen Musikvideo des Reichsbürgers, Verschwörungsideologen, Antisemiten etc. Xavier Naidoo und des Neonazis, Hooligan und Sänger der Band „Kategorie C“ Hannes Ostendorf aufgetreten. Die Inhalte und Bildsprache von Song und Video sind durch „Essen stellt sich quer“ umfangreich analysiert worden.³

Wie die Dokumentation „Neonazis bei Traditionsvereinen“ der Sportschau⁴ berichtet, sind bei einem Überfall von RWE-Anhänger*innen auf Preußen Münster Fans im Stadion, bei dem 30 Menschen verletzt worden sind, mehrere „Steeler Jungs“ beteiligt gewesen. Gegen den namentlich genannten Christian Willing und weitere Personen seien Stadionverbote angestrebt worden.⁵ Bei Rot-Weiss Essen tat man sich wie gewohnt schwer damit das Problem mit den eigenen Nazi-fans zu benennen. Im Nachgang des Überfalls relativierte man durch „Adrenalin und Testosteron getränkte Atmosphäre“ auf den Rängen und „diversen Provokationen“⁶ und wollte weder in der Dokumentation noch im Nachgang das Problem erkennen, geschweige denn benennen.⁷

Vom Fußball kehren die Nachrichten im Oktober zurück zur Sportbar. Im Nachgang zum Aufmarsch am 21. Oktober ist vor dem „300“ „Sieg-Heil“ gerufen und die Personalien einer Personengruppe sind durch die Polizei aufgenommen worden.⁸

Zum Jahresabschluss ist dann noch bekanntgeworden, dass Bifi als Weihnachtsmann auf der Harley durch Essen gefahren ist.⁹

1 <https://www.radioessen.de/artikel/bandidos-essen-drei-chapter-verboden-und-aufgeloest-1005175.html>

2 <https://www.waz.de/staedte/essen/bedrohliche-steeler-jungs-buendnis-spricht-von-skandal-id232848815.html>

3 <https://essq.de/index.php/2021/09/18/rechtsrock-und-verschwuerungsmythen-steeler-jungs-am-set/>

4 <https://www.sportschau.de/fussball/video-neonazis-bei-traditionsvereinen-100.html>

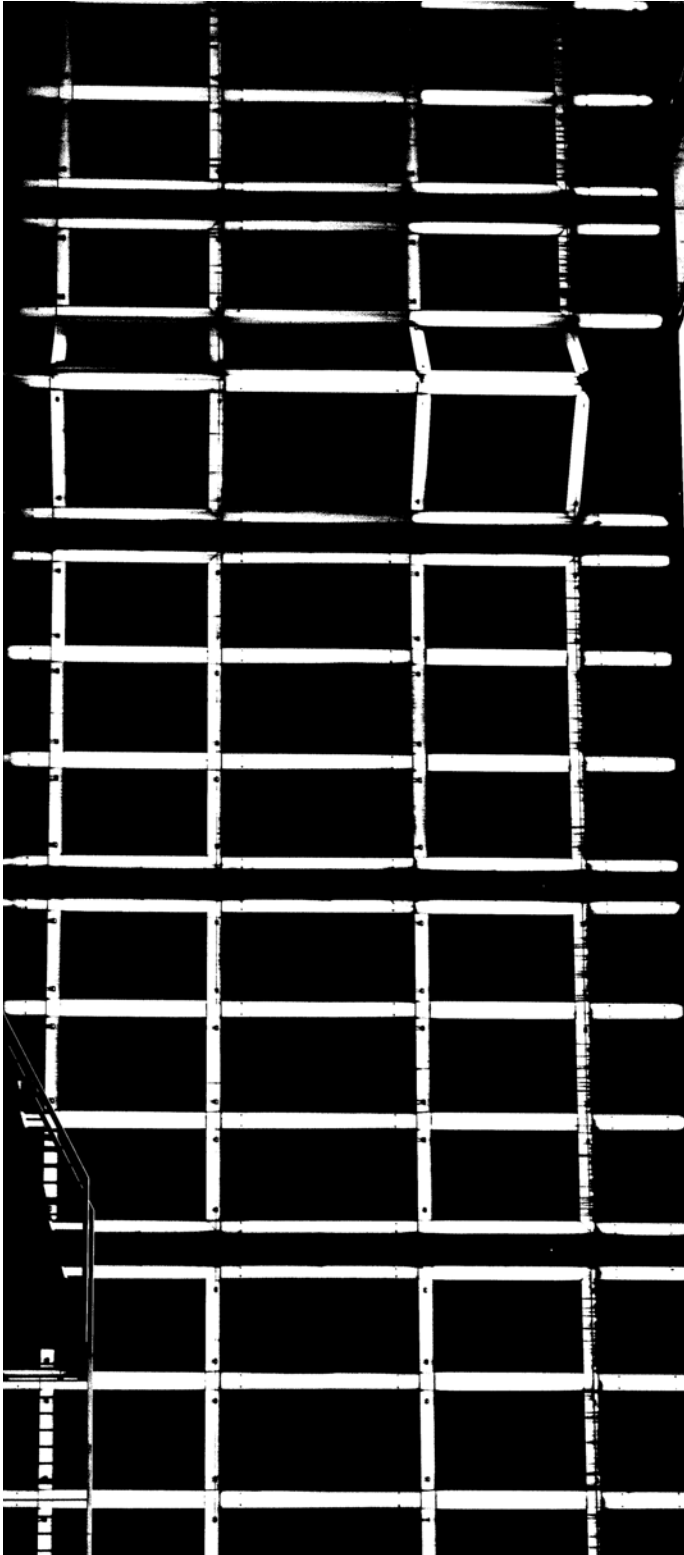
5 <https://www1.wdr.de/nachrichten/westfalen-lippe/preussen-muenster-rot-weiss-essen-krawalle-100.html>

6 <https://www.rot-weiss-essen.de/2021/09/15/stellungnahme-auswaertsspiel-muenster/>

7 <https://www.waz.de/sport/fussball/rwe/rot-weiss-essen-wehrt-sich-gegen-rassismus-vorwuerfe-aus-sportschau-doku-id234137817.html>

8 <https://www.waz.de/staedte/essen/steeler-jungs-staatsschutz-ermittelt-wegen-sieg-heil-rufen-id233649329.html>

9 <https://essq.de/index.php/2021/12/25/extrem-rechter-weihnachtsmann>





» **Demokratie braucht lebendige Demonstrationen.**
» **Der Gesetzesentwurf ist ein Angriff auf die Zivilgesellschaft.**

Versammlungsgesetz NRW

Regionales Hauptthema für nahezu alle politisch progressiven Strukturen in NRW war in diesem Jahr die Diskussion um ein Versammlungsgesetz für das Land NRW.

Historie des Versammlungsrechts in der BRD und in NRW

Die Versammlungsfreiheit gilt in der BRD als Grundrecht nach Artikel 8 GG. Bei der Diskussion muss sich vor Augen geführt werden, dass bereits das erste Versammlungsgesetz des Bundes in der Fassung von 1978, konkretisiert durch den sogenannten Brokdorf-Beschluss, die Versammlungsfreiheit enorm einschränkt; dies gilt auch im Vergleich zu anderen liberalen westlichen Demokratien. Als Beispiel seien hier das Vermummungs- und Schutzausrüstungsverbot genannt. Seit der Föderalismusreform 2006 liegt das Versammlungsrecht nun grundsätzlich in der Kompetenz der Länder (Kühne 2021). Das bedeutet, dass Länder die Möglichkeit haben, eigene Versammlungsgesetze zu beschließen (dies aber nicht müssen). Davon hatten bisher lediglich Bayern (2008), Sachsen-Anhalt (2009), Niedersachsen (2010), Sachsen (2012) und Schleswig-Holstein (2015) und Berlin (2021) Gebrauch gemacht. Bereits am 11.11.2020 brachte die SPD-Fraktion im Landtag einen Gesetzentwurf für ein Versammlungsgesetz ein, das im Wesentlichen dem des Landes Schleswig-Holstein (SPD, Grüne) entsprach. Warum ausgerechnet die SPD, als Oppositionspartei und damit völlig ohne Not, den Anstoß für ein NRW-Versammlungsgesetz geliefert hat, wird wohl ihr Geheimnis bleiben. Wurden hier schlafende Hunde geweckt? Zumindest eine Rede von Christos Georg Katzidis (CDU) im Landtag deutet genau dies an. Bezugnehmend auf den Gesetzentwurf der SPD sagte er: „Das [Versammlungsgesetz] war immer unsere Absicht. Es hat bei uns bisher nur keine zeitliche Priorität genossen [...] Deswegen haben wir es bisher nicht auf den Weg gebracht, aber wir werden uns im parlamentarischen Verfahren jetzt erfreulicherweise damit beschäftigen.“ (Landtag NRW, S. 47)

Es kam, wie es kommen musste: Am 27. Januar 2021, inmitten neuer coronabedingter Einschränkungen, brachte auch die Landesregierung einen Gesetzentwurf ein, der einem Versammlungsverhinderungsgesetz gleicht und dessen repressiver Geist alle Versammlungsgesetze der Länder und des Bundes weit übertrifft.

Es folgten monatelange Proteste eines breiten Bündnisses (s.u.). Als vor der Sommerpause die Verabschiedung des

Gesetzes noch aufgrund von „Bedenken“ der FDP nach hinten verschoben wurde, keimte die Hoffnung auf, dass das Versammlungsgesetz eventuell doch noch bis zum Ende der Legislaturperiode verhindert werden kann. Diese Hoffnungen fanden mit dem Beschluss eines nur kosmetisch geänderten Gesetzentwurfs am 15.12.2021 ein jähes Ende.

Inhalte

Über die Inhalte des neuen Versammlungsgesetzes wurde bereits viel publiziert. Wir beschränken uns hiermit auf die für uns wichtigsten Änderungen und machen hiermit auch deutlich, welche Änderungen durch den angepassten Gesetzentwurf für uns als Antifaschist*innen zum Tragen kommen. Für mehr Informationen verweisen wir auf die u.g. Literaturempfehlungen.

Störungsverbot

Ein Störungsverbot gibt es im Grunde schon im Bundesversammlungsgesetz. Es verbietet die Störung von nicht verbotenen Versammlungen unter Strafandrohung. Gerichte haben im Laufe der Zeit jedoch festgestellt, dass friedliche Blockaden von der Versammlungsfreiheit gedeckt sind. Diese Entwicklung wird im NRW Versammlungsgesetz grundlegend ignoriert. Stattdessen wird es erweitert um das Verbot von Handlungen, die auf die „Förderung“ der Störung von Versammlungen abzielen. Sogenannte Bockadetrainings, die nicht einmal in einem konkreten Zusammenhang mit einer Versammlung stehen müssen, werden somit kriminalisiert. Das Strafmaß für einen Verstoß gegen das „Störungsverbot“ wird von einem auf 2 Jahre Haftstrafe angehoben.

All dies wurde so beschlossen; in der nun geänderten Fassung wird lediglich ergänzt, dass „nicht auf Behinderung zielende kommunikative Gegenproteste“ erlaubt seien. Wenn man sich vor Augen führt, was das Gegenteil (Verbot jeglicher Gegenproteste) bedeuten würde, ändert diese Anmerkung gar nichts und klingt eher wie ein schlechter Scherz.

Militanzverbot (neu: Gewalt und Einschüchterungsverbot)

Ganz neu dabei und viel diskutiert war im ursprünglichen Gesetzentwurf das sog. Militanzverbot, das in Bezug auf die Kriminalisierung von Versammlungen und der Teilnehmenden wahrlich den Vogel abschießt. Während das Bundesversammlungsgesetz lediglich konkret das Tragen von Uniformen und -Teilen verbietet, soll im NRW Versammlungsgesetz ein militantes Auftreten generell verboten



sein. Das sog. Militanzverbot ist bewusst schwammig formuliert und lässt den Behörden viel Ermessensspielraum. Wann wird Gewaltbereitschaft vermittelt, wann wirkt eine Versammlung einschüchternd? Das liegt wohl ganz im Auge des (bürgerlichen) Betrachters.

weitreichender Bedeutung.

Einschränkungen, Kontrolle und Überwachung

Das Versammlungsgesetz führt eine Vielzahl von Überwachungsmaßnahmen gegen Organisator*innen und Teilnehmer*innen ein. Anmelder*innen sind nun gezwungen, aktiv mit der Polizei zu kooperieren. Verläuft eine Versammlung anders als angemeldet, macht sich die anmeldende Person strafrechtlich haftbar (Freiheitsstrafe bis zu 180 Tagen). Weiterhin müssen Ordner*innen ihre Identität preisgeben und können willkürlich abgelehnt werden. Generell ist nun der Ausschluss einzelner Personen von Versammlungen schon im Vorfeld mittels Meldeauflagen zulässig.

Alle Versammlungsteilnehmer*innen müssen sich zudem darauf einstellen, dass sie auf dem Weg zu Versammlungen in neu eingerichteten Kontrollstellen kontrolliert werden und ihre Identität festgestellt wird. Dieses Recht wurde in der geänderten Fassung zwar ebenfalls entschärft, da nun „konkrete Anlasspunkte“ für Straftaten oder bestimmte Verstöße gegen das Versammlungsgesetz vorliegen müssen; ob das aber in der Praxis einen Unterscheid macht, darf bezweifelt werden.

Auch die Möglichkeiten der Videoüberwachung bei Versammlungen werden erheblich ausgeweitet. Der Einsatz von Drohnen durch die Polizei ist nun ausdrücklich zulässig.

Neben einigen kosmetischen Änderungen ließ sich die Landesregierung dann doch noch zu einem unverhofften Weihnachtsgeschenk für die Klimagerechtigkeitsbewegung hinreißen: ein absolutes Demonstrationsverbot auf Autobahnen ist jetzt auch dabei.

§ 18 Militanzverbot

(1) Es ist verboten, eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel oder eine sonstige öffentliche Veranstaltung unter freiem Himmel zu veranstalten, zu leiten oder an ihr teilzunehmen, wenn diese infolge des äußeren Erscheinungsbildes

- durch das Tragen von Uniformen, Uniformteilen oder uniformähnlichen Kleidungsstücken,
- durch ein paramilitärisches Auftreten oder
- in vergleichbarer Weise

Gewaltbereitschaft vermittelt und dadurch einschüchternd wirkt.

§ 18 Gewalt- und Einschüchterungsverbot

(1) Es ist verboten, eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel oder eine sonstige öffentliche Veranstaltung unter freiem Himmel zu veranstalten, zu leiten oder an ihr teilzunehmen, wenn diese infolge des äußeren Erscheinungsbildes

- durch das Tragen von Uniformen, Uniformteilen oder uniformähnlichen Kleidungsstücken oder
- durch ein paramilitärisches Auftreten

Gewaltbereitschaft vermittelt und dadurch einschüchternd wirkt.

Änderungen am Militanzverbot

*(links: ursprünglicher Gesetzentwurf, rechts: beschlossene Fassung)
(CDU / FDP, S. 17)*

Im Zuge der Änderungen bis zum Beschluss fand noch ein Etikettenwechsel statt: Das Militanzverbot heißt jetzt „Gewalt- und Einschüchterungsverbot“. Der vollkommen unbestimmte 3. Absatz wurde entfernt; der ebenso problematische Absatz 2. („paramilitärisches Auftreten“) bleibt jedoch bestehen. Laut Gesetzesbegründung soll dies auf Fußballfans oder Gewerkschaftsmitglieder nicht zutreffen. Ob dies auch für die weißen Overalls der Klimagerechtigkeitsbewegung oder für das Auftreten autonomer Antifaschist*innen in der Aktionsform des schwarzen Blocks bedeutet, kann erst die Zeit zeigen. Wir sind eher skeptisch.

Etwaige Verstöße gegen das Gewalt- und Einschüchterungsverbot können ebenfalls mit Freiheitsstrafen von bis zu 2 Jahre Haft versehen werden.

Anwendung Polizeirecht

Der bisherige Schutz von Versammlungen vor allgemeinem Polizeirecht (sog. Polizeifestigkeit) wird weitgehend aufgehoben. Das ist insbesondere vor dem Hintergrund des gerade erst verschärften Polizeigesetz in NRW von

Literaturempfehlungen

<https://netzpolitik.org/2021/trotz-entschaerfungen-versammlungsfreiheit-in-nrw-wird-spuerbar-eingeschraenkt/>

https://www.grundrechtekomitee.de/fileadmin/user_upload/Erklaerung_RAV_VDJ_u._Grundrechtekomitee_zum_Gesetzentwurf_fuer_ein_NRW_Versammlungsgesetz.pdf

<https://www.prigge-recht.de/nrw-landesregierung-will-versammlungsfreiheit-massiv-beschaenken/>



Gegenprotest

Der Gegenprotest in NRW formierte größtenteils über das Bündnis „Versammlungsgesetz NRW stoppen!“. Beteiligt waren verschiedene Vereine und Organisationen aus dem Bereich der Zivilgesellschaft, politische Parteien, Gruppen aus der Klimagerechtigkeitsbewegung, Fußballfans sowie linksradikale und antifaschistische Strukturen sowie Einzelpersonen. Auch die Antifa Essen West hat sich hier organisiert.

Ziel des Bündnisses war die NRW weite Vernetzung von Aktionen gegen das Versammlungsgesetz und eine NRW – weite Informationskampagne. So wurden zu Beginn des Jahres verschiedene dezentrale Aktionen durchgeführt. Teil dieser Aktionen war auch eine Demonstration in Essen, die am 05.06.2021 vom Forum gegen Polizeigewalt und Repression durchgeführt wurde.



Die dezentralen Aktionen mündeten in eine landesweite Großdemonstration am 26.06.2021 in Düsseldorf. Aufgerufen haben neben dem Bündnis Versammlungsgesetz NRW stoppen! auch die Ultraszenen aus Düsseldorf und Köln. Insgesamt nahmen ca. 8.000 Menschen an der Kundgebung mit anschließender Demonstration in Düsseldorf teil. Im Rahmen der Demo kam es zu massiver Polizeigewalt, infolgedessen laut Angaben der Demosanis ca. 100 Personen verletzt wurden. Da sich unter den Verletzten auch eine dpa-Journalist befand, wurde das Ausmaß der Gewalt schnell auch bundesweit bekannt. Im Rahmen der Gewaltorgie kam es zudem zur 6-stündigen Einkesselung des Antifablocks, in dem sich auch ca. 30 Jugendliche befanden. Die Bedingungen waren katastrophal: Der Zugang zu Toiletten wurde den Betroffenen verwehrt, die Versorgung mit Wasser erfolgte erst spät nach großem Druck. Und das bei sonnigem Wetter und Temperaturen um die 30 °C.



Polizeigewalt in Düsseldorf (Quelle: Antifa NRW)

Es wäre vermessen zu sagen, dass diesem brutalen Bulleneinsatz auch nur irgendetwas positives abzugewinnen sei. Dennoch wirkte die Berichterstattung der Presse offensichtlich selbst auf die liberal-bürgerliche Mitte derartig abstoßend, dass es in den kommenden Wochen zu einer öffentlichen Thematisierung kam, die bis in den Landtag getragen wurde. Während die CDU sich jegliche Kritik an dem Verhalten der Beamten verbat, übte die FDP nicht nur am Polizeieinsatz Kritik; einzelne Politiker*innen fanden nun plötzlich auch den Gesetzesentwurf, der zuvor anstandslos mitgetragen wurde, gar nicht mehr so toll und forderten Nachbesserungen.

Die radikale Linke glaubte zu keinem Zeitpunkt an einen Sinneswandel: die FDP als Bürger*innenrechtspartei, sofern es sie je gab, ist längst tot. Als das Gesetz dann wieder auf der politischen Agenda stand, formierte sich das Bündnis erneut mit einer Großdemonstration in Köln.

Zum Demozug in Köln fanden sich am 30.10.2021 insgesamt ca. 7000 Personen in mehreren Blöcken zusammen. Gleich zu Beginn wurde der Zug dann aufgestoppt: Die Bullen stürten sich offensichtlich an einem Banner der Kölner Ultraszene, welches auf das „Pimmelgate“ von Andy Grote Bezug nimmt und den NRW Innenminister Reul angreift. Wie einst in Hamburg kam der Streisand-Effekt zum tragen: Der Versuch, durch Aufstoppen der Demo und die Auflage, das fragliche Schild nicht mehr zu zeigen, um der Verbreiterung der Information, dass Reul ja ein Pimmel sein könnte, entgegenzuwirken, scheiterte nicht nur, sondern verkehrte sich ins genaue Gegenteil. So in Hamburg auch schon passiert – Cops lernen's offensichtlich nie. Allgemein verbrauchten dann die Bullen die restliche Zeit damit, den Antifablock besonders eng zu begleiten. Zu Ereignissen vergleichbar mit denen in Düsseldorf kam es glücklicherweise nicht.

Fazit

Das Versammlungsgesetz wurde trotz aller Proteste mit geringfügigen Änderungen beschlossen. Das Bündnis Versammlungsgesetz NRW stoppen ist aber weiterhin aktiv. Die Repressionsmaschinerie zu den Demos, insbesondere

der in Düsseldorf, ist gerade erst angelaufen. Aus ersten Berichten ist zu entnehmen, dass die Staatsanwaltschaft den Angeklagten einen fairen Prozess vorenthalten will. Währenddessen werden auch erste Folgen des neuen Versammlungsgesetzes spürbar: so wurden beispielsweise in ersten Städten schon Versammlungsleiter*innen abgelehnt.

Wir sind solidarisch mit allen Angeklagten! Außerdem werden wir die Anwendung des neuen Versammlungsgesetzes dokumentieren und es weiterhin bekämpfen.



„Pimmelgate“ Quelle: Infozentrale Twitter

Literaturverzeichnis

CDU / FDP: Drucksache 17/15915, vom 09.12.2021. Online verfügbar unter <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-15915.pdf>.

Kühne, Marius (2021): Ein Stück gebändigte Demokratie. In: *CILIP - Institut für Bürgerrechte & öffentliche Sicherheit e.V.* (125).

Landtag NRW: Plenarprotokoll 17/105, 11.11.2020.

Antisemitismus

Als es im Mai 2021 zu einer erneuten Eskalation im Nahostkonflikt kam fanden bundesweit antisemitisch gefärbte Demonstrationen vor Synagogen statt. In Essen reagierten Lokalpolitik und religiöse Verbände mit einer gemeinsamen Erklärung gegen Antisemitismus¹, initiiert vom „Initiativkreis Religionen in Essen“ und unterzeichnet vom Essener OB Kufen. Bleibt zu hoffen, dass diesen Worten auch Taten folgen. Parallel dazu war der Lösungsansatz von Seiten der Polizei eine vorübergehend erhöhte Präsenz vor den Essener Synagogen².

Im Juni wurde der Prozess gegen den Mann, der im November 2020 Betonsteine auf die Essener Synagoge geworfen und ein Fenster beschädigt hatte³, abgeschlossen. Das Gericht schloss einen antisemitischen Hintergrund aus, befand ihn für schuldunfähig und wies den Täter auf unbestimmte Zeit in eine geschlossene Psychiatrie ein. Demnach leide er unter Wahnvorstellungen und habe, da er eventuell jüdische Vorfahren gehabt habe, bei der israelischen Botschaft und der jüdischen Gemeinde auf Hilfe wegen angeblichen Verfolger:innen gehofft. Dass er mit seiner wahnhaften Verfolgungsangst zurück gewiesen wurde habe ihn zu dem Steinwurf als Frustrationstat bewegt. Die jüdische Gemeinde gibt an, sich in ihrem Sicherheitsempfinden nichtsdestotrotz eingeschränkt zu fühlen⁴.

1 <https://www.zeit.de/news/2021-05/20/religionen-und-essen-setzen-zeichen-gegen-antisemitismus>

2 <https://www.waz.de/staedte/essen/juedische-gemeinde-warum-essens-rabbiner-keine-kip-pa-traegt-id232287635.html>

3 <https://antifaessenwest.blackblogs.org/wp-content/uploads/sites/960/2021/01/Report-2020.pdf>, S. 16

4 <https://www.waz.de/staedte/essen/betonsteine-auf-essener-synagoge-geworfen-psychiatrie-id232503629.html>

Fußball

Im Juni verpasste Rot-Weiss Essen nur knapp den Aufstieg in die dritte Liga. Für einen Artikel über die traurigen und enttäuschten Fans interviewte die WAZ dann ausgerechnet den bekannten Nazi Franko C., organisiert bei den „Huttroper Jungs“ bzw. „Steeler Jungs“¹. Eine kritische Einordnung des „stolzen Fans“ gelang der WAZ – Überraschung – nicht².

Nachdem bei RWE wie bei den meisten anderen Vereinen in der ersten Hälfte des Jahres 2021 noch ein Stimmungsboykott praktiziert wurde kehrten zu Beginn der Saison 2021/22 Anfang August Stück für Stück die Ultra Gruppen wieder ins Stadion zurück, bis Ende September die Tribüne wieder voll besetzt war^{3,4,5}. Mitte September zeigte man sich dann auch schon in Münster mit einer „Hooligans Dortmund“ Zaunfahne⁶ - einem Sammelsurium an Personen, die eher für ihre Kontakte in extrem rechte Kreise und ihre Gewaltaffinität als für politische Korrektheit bekannt sind. Im Nachgang des Spiels stürmten RWE-Fans noch den Heimbereich, verletzten mehrere Münster-Fans und stellten sicher, dass sie so schnell erstmal kein Stadion mehr von innen sehen – Obernazi Bifi⁷ war auch mit dabei.

Ende 2021 mussten sich unsere Dortmunder Genoss*innen darüber ärgern, dass irgendjemand in ihrer Stadt linke Sticker mit Aufklebern von Rude Fans (eine Essener Ultra Gruppe) überklebte. Das zeigt die Gesinnung dieser Person, die Rude mindestens nahestehen dürfte, zu genüge.



Linke Sticker in Dortmund wurden mit Rude Stickern überklebt.

Im November veröffentlichte die Sportschau einen Beitrag über Neonazis bei Traditionsvereinen⁸ und wählte für ihre Recherche Fans von SSV Ulm1846 Fußball e.V., Hessen Kassel und dem RWE aus. Der Beitrag ist sehr sehenswert geworden, sicherlich auch, weil ESSQ die Produzent:innen bei dem Teil über RWE unterstützt hat. Was uns an diesem Beitrag wirklich schockiert, ist nicht die Tatsache, dass RWE diverse Nazi-Fans aufzuweisen hat – dieser Fakt ist in den vergangenen Jahren unter anderem von ESSQ oder auch uns, siehe vergangene Reports,

immer wieder beleuchtet wurden und nichts Neues. Was aber beinahe genau so skandalös ist, ist die penetrante Weigerung des Vereins, auf diesen Umstand entsprechend zu reagieren. So präsentierte die Sportschau in ihrem Beitrag zwei Ausschnitte aus einem selbstgedrehten Videostatement vom Vorstandsvorsitzenden Marcus Uhlig:

„Ich möchte ganz entschieden die Wahrnehmung oder gar den Vorwurf zurückweisen, dass Rot-Weiss Essen auf dem rechten Auge blind sei. Natürlich gibt es hier bei uns eine Gruppe von Fans mit sagen wir mal rechtsoffener Gesinnung. Das gibt es, dieses Problem gibt es allerdings bei ganz vielen anderen Vereinen auch. Wir möchten in keins-ter Weise irgendein Problem klein reden, aber wir müssen schon die Größe und den Kontext auch sehen und ich darf an der Stelle auf unsere Satzung verweisen. Unsere Satzung sagt ganz klar – und daran halten wir uns auch, das leben wir auch aus – dass wir uns gegen jedwede rechten oder verfassungsfeindlichen oder fremdenfeindlichen Gesinnungen stellen.“

Nicht nur relativiert diese Aussage die Brutalität und Gewaltbereitschaft sowie die nazistische Gesinnung vieler Essener Fans, sie ist auch ein billiger Versuch, sich selbst von der Verantwortung zu befreien und diese auf die Vereinsatzung zu übertragen. Dort heißt es wörtlich:

„Der Verein ist politisch und weltanschaulich neutral. Er verurteilt verfassungs- und fremdenfeindliche Bestrebungen und wendet sich konsequent gegen jede Form der Diskriminierung.“⁹

Weiter erklärt Uhlig:

„Wir machen keine Gesinnungsprüfung am Einlass des Stadions, das können wir gar nicht, wir können auch nicht einfach so irgendwelchen Leuten ein Stadionverbot erteilen.“

Dabei steht in der Essener Stadionordnung ganz klar:

„Den Besuchern des Stadions an der Hafenstraße ist das Mitführen folgender Gegenstände untersagt: Gegenstände und/oder Medien mit einem rassistischen, fremdenfeindlichen, gewaltverherrlichenden, diskriminierenden sowie rechts- und/oder linksradikalen Inhalt auch dann, wenn es strafrechtlich nicht relevant ist; entsprechendes gilt insbesondere für Kleidung (z.B. mit Schriftzügen und/oder Symbolen wie: Thor Steinar, Consdaple, HoGeSa (Hooligans gegen Salafisten), GnuHonnters etc.) [...] Verboten ist den Besuchern weiterhin: Äußerungen, Gesten und/oder ein äußeres Erscheinungsbild, die bzw. das nach Art und Inhalt objektiv geeignet sind/ist, Dritte zu diffamieren, insbesondere aufgrund von Hautfarbe, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung, Abstammung bzw. ethnischer Herkunft; dies beinhaltet insbesondere das Verbot, rassistische, fremdenfeindliche, gewaltverherrlichende, diskriminierende sowie rechts- und/oder linksradikale Parolen zu äußern oder zu verbreiten oder Tattoos und/oder Körperschmuck, die bzw. der Schriftzüge oder Symbole mit eindeutiger rassistischer, fremdenfeindlicher, gewaltverherrlichender, diskriminierender sowie rechts- und/oder linksradikaler Tendenz aufweisen bzw. aufweist,

zur Schau zu stellen oder allgemein sichtbar zu tragen“¹⁰
Aus Platzgründen ignorieren wir hier großzügig die dämliche Gleichsetzung von Rechts und Links und fokussieren uns auf die Bedeutung von Uhligs Aussagen, die sich etwa: *„Wir haben zwar eine entsprechende Satzung und Stadionordnung, aber einfach keine Lust, diese umzusetzen. Müssen wir auch nicht; wenn jemand fragt, verweisen wir einfach auf Satzung und Stadionordnung.“* formulieren ließe

RWE hat es komplett verpasst, seine eigene Satzung umzusetzen, indem sich eben nicht *konsequent gegen jede Form der Diskriminierung* eingesetzt wird sondern eher konsequent jede Form der Diskriminierung gelehnet wird. Weiterhin ist der Verein offensichtlich nicht in der Lage, Sicherheitspersonal einzustellen, dass so Sachen sagt wie: *„Dieses Nazi Shirt muss leider draußen bleiben“* – oder verlangt es eben nicht von den Mitarbeiter:innen. Letzteres ist deutlich wahrscheinlicher, wenn man bedenkt, dass Essener Nazis auch schon als Stadionsecurity organisiert waren. In Uhligs Version liegt aber natürlich nur am Geld¹¹. Lange Rede, kurzer Sinn: wirklich alle wissen, dass der RWE ein immenses Naziproblem hat und der Verein dringend was unternehmen muss. Alle außer Marcus Uhlig. Und, ach ja, RWE: natürlich könnt ihr einfach so irgendwelchen Leuten Stadionverbot geben. Das ist doch eins der Probleme beim modernen Fußball. Aber hat ja Preußen Münster schon für euch erledigt.

1 <https://antifaessenwest.blackblogs.org/wp-content/uploads/sites/960/2020/01/Report-2019-1.pdf>, S. 9

2 <https://essq.de/index.php/2021/06/09/normalisierung-der-extremen-rechten/>

3 https://www.faszination-fankurve.de/index.php?head=Teilweise-Rueckkehr-der-Ultras-von-Rot-Weiss-Essen&folder=sites&site=news_detail&news_id=23209

4 https://www.faszination-fankurve.de/index.php?head=Auch-Junge-Essener-Ultras-kommen-zurueck&folder=sites&site=news_detail&news_id=23424

5 https://www.faszination-fankurve.de/index.php?head=Freaks-Ultras-kommen-zurueck-ins-Stadion&folder=sites&site=news_detail&news_id=23410

6 https://www.faszination-fankurve.de/index.php?head=Choreografie-Pyroschows-amp-Auseinandersetzungen-in-Muenster&folder=sites&site=news_detail&news_id=23372

7 <https://antifaessenwest.blackblogs.org/wp-content/uploads/sites/960/2020/01/Report-2019-1.pdf>, S. 3

8 <https://www.sportschau.de/fussball/video-neonazis-bei-traditionsvereinen-100.html>

9 https://www.rot-weiss-essen.de/wp-content/uploads/2021/09/Satzung_Stand_2021.pdf

10 <https://www.stadion-essen.de/stadion/stadionordnung/>

11 <https://www.waz.de/sport/fussball/rwe/rot-weiss-essen-wehrt-sich-gegen-rassismus-vorwuerfe-aus-sport-schau-doku-id234137817.html>





Antifa-Protest

Eine Schwierigkeit in diesem Jahr bestand darin, mit antifaschistischem Protest in Essen eigene Akzente zu setzen. Durch die Pandemie, Coronaproteste und die Bundestagswahl bestand in Essen, aber auch in vielen anderen Städten, Antifa-Protest vor allem aus dem Reagieren auf diese Schwerpunktthemen. Die NRW-weiten Proteste und Großdemonstrationen gegen das nun erlassene Versammlungsgesetz können noch am ehesten als eigene Schwerpunktsetzung verstanden werden. In Essen fanden zwar keine eigenen Demonstrationen gegen das Versammlungsgesetz statt, die Mobilisierung von Essener Antifaschist*innen in andere Städte verlief aber erfolgreich. Im Kapitel Coronaproteste wurde bereits auf die Autokorsole der rechten Corona-Mischszene eingegangen, nicht aber auf den kriminalisierten Gegenprotest. Als sich am 27.02. eine Gruppe Radfahrer*innen dem Autokorso am Flughafen Mülheim entgegenstellte, fühlten sich die Bullen dazu berufen, rigoros gegen diese vorzugehen. Gegen die Antifaschist*innen wurden 16 Anzeigen wegen gefährlichem Eingriff in den Straßenverkehr gestellt, sowie eine wegen Widerstands. Wieder einmal glänzte hier also die Polizei Essen/Mülheim, in deren Reihen sich nach den größtenteils abgeschlossenen Verfahren und nur wenigen Suspendierungen nun wieder die bekennenden Nationalsozialist*innen tummeln dürfen.

Am 08. März organisierte ein Bündnis aus BPoC und migrantischen Einzelpersonen eine Kundgebung auf dem Ehrenzeller Platz in Essen Altendorf. Unabhängig davon besetzten Aktivist*innen der „Trans*Fläche“ ein leerstehendes Haus im Essener Südviertel.¹ Zentrale Anliegen

der Aktion waren sowohl Kritik an der aktuellen Stadtplanungspolitik in Essen, da das Haus zugunsten der geplanten Hochtief-Zentrale abgerissen werden soll, als auch Kritik am Cis-Feminismus. Die Aktivist*innen wurden anschließend teilweise bis zu einer Woche in der Gesa festgehalten, vor welcher in dieser Dauer eine Mahnwache eingerichtet wurde.

Wir springen in den Juli. Nachdem die „Steeler Jungs“ für eine längere Zeit vor allem vereinzelt bei Coronaprotesten in Erscheinung getreten waren, spazierten sie im Sommer, wenn auch eher unregelmäßig, wieder in voller Zahl durch Steele. Dagegen mobilisierte das Bündnis „Mut machen - Steele bleibt bunt“ am 22.07., nachdem sowohl Personen des Bündnisses, als auch Personen von „Essen stellt sich quer“, eine Woche zuvor massiv im Stadtteil bedroht wurden.² Die Kundgebung fand auf dem Grendplatz statt, unter anderem mit einem Redebeitrag des SPD-Landtagsabgeordneten Frank Müller.

Auch muss in diesem Kapitel die antifaschistische Mobilisierung gegen die AfD-Listenaufstellung in der Grugahalle am 23.10. erwähnt werden.³ Dem Aufruf von „Aufstehen gegen Rassismus Essen“ und „Essen stellt sich quer“ folgten, pandemiebedingt dezimiert, etwa 100 Personen.

1 <https://www.radioessen.de/artikel/essen-aktivisten-besetzen-leerstehendes-wohnhaus-886661.html>

2 <https://www.steelebunt.de/kundgebung-am-do-22-juli-2021/>

3 <https://www.radioessen.de/artikel/essen-afd-parteitag-in-der-grugahalle-wahlen-und-proteste-1108692.html>





Kontakt:

antifaessenwest.blackblogs.org

[antifaessenwest\(at\)riseup.net](mailto:antifaessenwest@riseup.net)

[@AFAEssenWest](https://www.instagram.com/AFAEssenWest)

